STADT ERFTSTADT

Der Bürgermeister

Az.:

öffentlich

A 452/2012

Amt: - 81 -

BeschlAusf.: - 81 -

Datum: 30.10.2012

gez. Klinkhammer		13.12.2012		
Amtsleiter		Datum Freigabe -100-	BM / Dezernent	- 20 -

Den beigefügten Antrag der CDU-Fraktion leite ich an die zuständigen Ausschüsse weiter.

Beratungsfolge

Termin

Bemerkungen

Betriebsausschuss Stadtwerke	20.02.2013	zur Kenntnis
------------------------------	------------	--------------

Betrifft: **Antrag bzgl. Erläuterungen und weitere Vorgehensweise zur Dichtheitsprüfung in NRW**

Finanzielle Auswirkungen:

Unterschrift des Budgetverantwortlichen

Erftstadt, den

Stellungnahme der Verwaltung:

Bislang liegt lediglich eine Pressemitteilung vor, in der die Landesregierung ihre Absicht zur künftigen Regelung der Dichtigkeitsprüfung von erdverlegten Abwasserleitungen erläutert. Allgemein wird seitens der kommunalen Interessenvertretungen geraten, das letztlich dazu maßgebliche Gesetz abzuwarten und erst nach dessen Vorliegen Maßnahmen hieraus abzuleiten. Die Ausführungen zum Antrag beziehen sich daher lediglich auf die Ankündigungen der Landesregierung und erfolgen unter Vorbehalt des abschließenden Gesetzestextes.

Zu 1.

Da Erftstadt **bislang** noch in keiner **festgelegten** Wasserschutzzone liegt, entfallen die Fristen zur Prüfung der Dichtigkeit erdverlegter Abwasserleitungen für private Anschlussnehmer. Gewerbe und Industrie müssen derartige Leitungen bis zum 31.12.2020 auf Dichtigkeit hin überprüfen.

Zu 2.

Abwasserleitungen öffentlicher Gebäude (Schulen, etc.) unterliegen ebenfalls keiner weiteren Fristen und sind insofern wie private Leitungen zu behandeln. Es wird in diesem Zusammenhang jedoch darauf verwiesen, dass Abwasserleitungen aus Gründen des Gewässerschutzes dicht sein müssen und insofern bereits hieraus eine Pflicht zur regelmäßigen Prüfung besteht. Die Stadt Erftstadt sollte hier entsprechende Vorsorge betreiben.

Die Abwasserleitungen der Stadtwerke sind gemäß der Vorgaben der SÜW-V- Kan zu inspizieren und auf Dichtigkeit zu prüfen. Insofern handelt es sich um einen gänzlich anderen Rechtsrahmen

als der ursprüngliche § 61a LWG. Die Stadtwerke sind daher gehalten, weiterhin die Untersuchungen der Grundstücksanschlüsse vorzunehmen.

Zu 3.

Die seinerzeit erlassene Satzung hatte zum Ziel, den gesetzlichen Forderungen zum §61a LWG Rechnung zu tragen. Grundsätzlich ist die, zwischenzeitlich außer Vollzug gesetzte, Satzung damit entbehrlich und kann entfallen. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass es im Einzelfall die Notwendigkeit zum Erlass einer z.B. „ortsbezogenen“ Satzung **mit Fristen** geben kann. Z.B. für den Fall, dass ein Fremdwasserproblem auftritt. Es ist ferner weiterhin zu empfehlen, dass die Bürger regelmäßig über die Notwendigkeit von dichten Abwasserleitungen aufgeklärt werden. Die Stadtwerke werden daher auch an der bisherigen Praxis der „ortsweisen“ Informationsveranstaltungen festhalten.

Zu 4.

Sofern weitere Beschlüsse des Betriebsausschusses bzw. des Rates der Stadt Erfstadt nach Vorlage des Gesetzes erforderlich werden, werden die diesbezüglichen Vorlagen seitens der Betriebsleitung erstellt.

(Dr. Rips)